



**Kehler Gemeinderat: Immer mehr, so hat es den Anschein, verschiebt sich das Verhältnis zwischen Kernstadt- und Ortsteil-Stadträten hin zu denen, die auf den Dörfern wohnen.**

Archivfoto: Martin Egg

# Zu wenig Kernstädter im Rat

*Was sind die Ursachen, was wäre eine mögliche Abhilfe? / Start einer kleinen Erklär-Serie*

**Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ist die Kernstadt im Vergleich zu den Ortschaften im Gemeinderat weit unterrepräsentiert. Mindestens 50:50 sollte die Anzahl von Stadt- und Ortsvertretern sein. Doch die Kernstadt-Räte machen rund ein Drittel aus. Ursachen, Abhilfen und das Prinzip der unechten Teilortswahl erläutern wir in einer heute startenden dreiteiligen Mini-Serie.**

VON HANS-JÜRGEN WALTER

**Kehl.** Die Gesamtstadt Kehl hat 36679 Einwohner (Stand Juli 2017). Davon entfallen 19 520 auf die Kernstadt mit Sundheim und 17159 Einwohner auf die zehn Ortsteile. Von den 26 Sitzen im Gemeinderat aber sind 19 an die Vertre-

ter aus den Stadtteilen vergeben, die Kernstadt hat lediglich sieben Repräsentanten im Gremium. Anfangs der Legislatur

war das mit acht Stadt-Gemeinderäten noch ein bisschen besser. Mit dem Ausscheiden von Claus-Dieter Seufert während der laufenden Amtszeit ist jedoch die Zahl der Stadt-Vertreter um eine Person reduziert worden, und es ist mit dem Nachrücker Jörg Schwing aus Auenheim ein weiterer Stadtteil-Mandatsträger hinzu gekommen.

Zu befürchten ist, dass sich das Verhältnis Stadt- zu Ortsteil-Vertreter auch mit der anstehenden Wahl am 26. Mai

nicht gravierend verbessern wird: Nach Claus-Dieter Seufert treten mit Marina Nohe und Karim Said zwei weitere Kernstadt-Räte nicht mehr zur Wiederwahl an.

Diese drei Bewerber hatten vor fünf Jahren einen Stimmenanteil von zusammen immerhin 12 230 auf sich vereinen und damit für die Kernstadt-Sitzverteilung holen können. Zwar sind bei den aktuellen Wahlvorschlägen mit 136 Kandidaten fast die Hälfte (65) aus der Kernstadt, darunter sind aber – vielleicht mit Ausnahme der wieder kandidierenden Mandatsträger – nur wenige bekannte Kehler oder prominente, zugkräftige Namen.

Auf dem Stimmzettel dürfen bis zu 26 Kandidaten stehen, so viele, wie Sitze im Gemeinderat zu vergeben sind. Die meisten Stadt-Kehler hat Bündnis 90/Die Grünen auf dem Wahlzettel, nämlich 21 von 26. Es folgen die SPD mit zehn, die Freien

Wähler mit acht und die CDU mit sieben Kernstädtern bei jeweils 26 Bewerbern; selbst bei diesen drei Wahlvorschlägen ist der Anteil Stadt zu den Ortsteilen nicht hälftig! Die FDP hat bei ihren 16 Kandidaten acht aus der Kernstadt, die Jugendliste hat sechs Kehler bei sieben Bewerbern und die AfD fünf Kernstädter bei insgesamt neun Kandidaten.

SEITE 3: Teil 1 - Die Ursachen



Der Kehler Gemeinderat zu Zeiten von Oberbürgermeister Günther Petry. Viele geschätzte Persönlichkeiten aus der Kernstadt haben sich im Lauf der Jahre aus dem Gremium verabschiedet. Unter ihnen (um nur wenige zu nennen) Ursula Kretz (von links), Gudrun Haen, Karlheinz Axt, Ruth Görög und der mittlerweile verstorbene Georg Hornung. Archivfotos

# Es braucht Persönlichkeiten

Erklärstück zur Kommunalwahl (2): Wie man der Übermacht der Dorf-Gemeinderäte begegnen kann

**Wie kann man der Übermacht der Dörfler gegenüber den Kernstädtern im Kehler Gemeinderat begegnen? Lesen Sie hier den zweiten Teil unseres Erklärstücks anlässlich der Kommunalwahlen am 26. Mai.**

VON HANS-JÜRGEN WALTER

**Kehl.** Wie auch bei der bevorstehenden Wahl verlieren die Parteien in der Kernstadt zunehmend an zugkräftigen Persönlichkeiten. Namen wie Georg Hornung, Karlheinz Axt, Gudrun Haen, Ruth Görög, Ursula Kretz und Carmen Ihm mögen Beleg dafür sein. Aber auch Oskar Gebert, Dr. Hans-Dieter Mohr, Karlheinz Scheffner, Helmut Lackner, Dr. Hans Kraus, Hafendirektor Hugo Quennet, Dr. Ulrich Köhrle, Ernst Bernhardt, Albert Schanz sind Beispiele bekannter Kehler Kommunalpolitiker, ganz zu schweigen von den Kehler Frauen Klara Klotter, Emmy Fischer und Dr. Agnes Oppenauer.

Keine Frage, vor der Bildung der größeren Verwaltungseinheit mit der Kommunalreform 1975 war die Arbeit des Gemeinderats viel unmittelbarer, direkter, »nah am Volk«. So bleiben unvergessen die Stadträte Emil Schertel,

Rudolf Schütterle, Fritz Hess, Hans Zipp, Wilhelm Mechler, Wilhelm Witterstätter, Adolf Wurz und der legendäre Dr. Fritz Geroldt, deren Namen mit dem Wiederaufbau der Stadt Kehl eng verbunden sind.

kehl.zeitung

Wie ist es zu schaffen, dass es in der Kommunalpolitik der Kernstadt Kehl wieder solche Persönlichkeiten gibt, die begeistern und zum Mittun anregen können? Ein Ort für die Kernstädter, sich zu präsentieren, kann der Wochenmarkt sein: Regelmäßig an einem – warum nicht gemeinsamen – Stand können die Parteien über ihre Arbeitsfelder, Projekte und Angebote informieren und sich Sorgen, Nöte und Anregungen der Bürger anhören.

## Sprechstunde im Rathaus

Eine Anregung für die Parteien, sich besser ins Bewusstsein der Kernstadt Kehl zu bringen, haben Grüne und Frauenliste (Letztere kandidiert diesmal nicht mehr) vor etwa zehn Jahren gemacht: Stadträte aus der Kernstadt

halten für die Bürger der Kernstadt Sprechstunden im Kehler Rathaus ab.

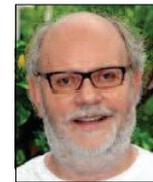
Die Parteien selbst sind mittlerweile als Stadtverbände für die Gesamtstadt organisiert oder wie die FDP sogar für das Gebiet Kehl-Hanauerland oder die AfD für Kehl-Willstätt-Appenweiler zuständig.

Vielleicht sollten sie außer Fachbereichen für zum Beispiel Stadtentwicklung, Kultur und Soziales auch für Stadtteile Süd, Nord und Ost und eben und vor allem auch für die Kernstadt Abteilungen bilden, die sich speziell um deren Angelegenheiten kümmern.

## Bezirksbeirat die Lösung?

Ein entscheidender Nachteil für die Kernstadt ist sicherlich, dass es für sie kein eigenes, vergleichbares politisches Gremium gibt, wie auf den Dörfern die Ortschaftsräte mit Ortsvorsteher. Die Einrichtung eines Bezirksbeirats oder gar einer Ortsverfassung mit Ortschaftsrat und Ortsvorsteher für die Kernstadt nach dem Beispiel von Willstätt, wo für den Kernort nachträglich Ortsverwaltung, Ortschaftsrat und Ortsvorsteher auf Wunsch der Bürger und Beschluss des Gemeinderats etabliert worden sind, würde diesen Nachteil ausgleichen. Ein solches Kernstadt-Parlament wür-

de aufgrund der Behandlung Kernstadt spezifischer Themen – analog der Arbeit in den Ortschaftsräten – nicht nur den Kernstadt-Belangen mehr Gewicht allgemein und im Gemeinderat verleihen, sondern würde die Parteien dazu anhalten, Frauen und Männer



Unser Autor Hans-Jürgen Walter war fast 40 Jahre lang Lokalredakteur bei der KEHLER ZEITUNG.

für kommunalpolitisches Engagement in der Kernstadt zu rekrutieren. Und dieses Kernstadt-Gremium böte seinen Mitgliedern die Chance, sich zu profilieren und den Wählern für die Wahl in den Gemeinderat zu empfehlen. Damit könnten Gewinner von einem solchen Kernstadt-Gremium alle sein.

Eine radikale Alternative im Sinne einer Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Kernstadt und Ortschaften dazu wäre die Abschaffung der Ortschaftsräte und Ortsvorsteher in allen Stadtteilen und die Umwandlung der dortigen Ortsverwaltungen in Filialen des Zentral-Rathauses.

# Ist die »unechte Teilortswahl« eine Lösung?

Erklärstück zur Kommunalwahl (letzter Teil): Missverhältnis im Kehler Gemeinderat: Was gegen die Übermacht der Dörfler im Gremium helfen könnte

Das Verhältnis zwischen Gemeinderäten aus der Kernstadt und Mandatsträgern von den Dörfern verschiebt sich hin zu Letzteren. Böte die Wiedereinführung einer »unechten Teilortswahl« eine Lösung für das Missverhältnis. Darum geht es im dritten und letzten Teil unseres Erklärstücks anlässlich der Kommunalwahl am 26. Mai.

VON HANS-JÜRGEN WALTER

Kehl. Eine Wiedereinführung der »unechten Teilortswahl« für die Stadt Kehl, um ein ausgeglichenes Verhältnis von Kernstadt- und Stadtteil-Gemeinderäten entsprechend der betreffenden Einwohnerzahl zu bekommen, kann ernsthaft niemand wollen: Die Listen müssten mehr Kandidaten finden als jetzt, der Gemeinderat würde unverhältnismäßig aufgebläht werden. Das Wahlverfahren ist äußerst kompliziert – und ob am Ende eine gerechtere Sitzverteilung das Ergebnis wäre, bleibt eine offene Frage. Von den Kosten ganz abgesehen.

## Zwei Beispiele

Legt man die Einwohnerzahl von 19520 Kernstadt und 17 159 Ortschaften (Stand Juli 2017) zugrunde, müsste die Sitzverteilung mit einer geringen Überzahl für die Kernstadt ausfallen. Die »unechte



Der Autor Hans-Jürgen Walter war fast vier Jahrzehnte lang Lokalredakteur bei der KEHLER ZEITUNG.

Teilortswahl« würde garantieren, dass Kernstadt und jeder der zehn Stadtteile im Gemeinderat repräsentiert werden.

Zwei Beispiele: Nimmt man für die Sitzverteilung einen Schlüssel von einem Mandats-träger je angefangener 500er-Marke pro Einwohner, ergäbe das für die Ortsteile in Summe 36 Stadträte, die Kernstadt würde 40 erhalten. Das ergäbe ein Gremium mit 76 (!) Sitzen.

Auf die einzelnen Ortschaften entfielen: Auenheim 5, Bodersweiler 4, Goldscheuer (mit Marlen und Kittersburg) 11, Hohnhurst 1, Kork 6, Leutesheim 3, Neumühl 3 Sitze, Odels-hofen 1, Querbach 1, Zierolshofen 1 Sitz.

Bei einem Schlüssel von je angefangener 1000er-Marke würde sich das Verhältnis zugunsten der Stadtteile verschieben, weil jede Ortschaft mit wenigstens einem Vertreter im Parlament vertreten sein müsste. Es käme ein Gremium mit der stattlichen Anzahl von 42 Sitzen zusammen, 20 für die Kernstadt und 22 für die Stadtteile.

Bei einer solchen Aufteilung entfielen auf Auenheim 3, Bodersweiler 2, Goldscheuer

6, Hohnhurst 1, Kork 3, Leutesheim 2, Neumühl 2 Sitze, Odels-hofen 1, Querbach 1, Zierolshofen 1 Sitz.

1980 hatte der damals durch die »unechte Teilortswahl« bestimmte Kehler Gemeinderat bereits 46 Mitglieder. Seinerzeit betrug die Einwohnerzahl der Gesamtstadt 29924. Mit Stand Juli 2017 hatte Gesamt-Kehl 36679 Einwohner, das sind 6755 Einwohner mehr.

## Komplizierte Sache

Ganz schön kompliziert, doch Gesetzeswirklichkeit ist indes noch etwas komplizierter. Die »unechte Teilortswahl« wurde in Baden-Württemberg 1972 im Zuge der Kommunalreform eingeführt. Sie ist ein Wahlsystem, bei dem die Kandidaten in verschiedenen Teilorten und Wohnbezirken kandidieren.

Gewählt werden die Kandidaten aber von den Wählern aller Teilorte (daher »unechte Teilortswahl«). Damit die Kommunalparlamente im Verhältnis zur Wohnbevölkerung keine ausufernden Gremien werden, hat der Gesetzgeber deren Größe in der Gemeindeordnung festgelegt. Für Kehl wären das 32 Sitze (Gemeinden mit mehr als 30000 Einwohnern, aber nicht mehr als 50000 Einwohner).

Durch die Hauptsatzung kann alternativ bestimmt werden, dass für die Zahl der Gemeinderäte die nächstniedrigere Gemeindegrößen-gruppe maßgebend ist. Diese Regelung gilt für den aktuellen Gemein-

derat, der 26 Sitze hat. Für die »unechte Teilortswahl« kann ebenso bestimmt werden, dass für die Zahl der Gemeinderäte die nächsthöhere Gemeindegrößen-gruppe maßgebend ist, das wären 40 Sitze und würde für Kehl vermutlich Anwendung finden, um Kernstadt und einzelne Ortsteile verhältnismäßig im Gremium abbilden zu können – was allerdings die Festlegung, wie viele Sitze dem jeweiligen der zehn Kehler Ortsteile zwischen rund 270 und 5580 Einwohnern zugeteilt werden, nicht einfacher macht.

Auf dem Stimmzettel sind bei der »unechten Teilortswahl« die Bewerber getrennt nach Wohnbezirken aufzuführen. Für Kehl stünden auf dem Stimmzettel elf Wohnbezirke: einer für die Kernstadt und zehn für die zehn Ortschaften.

## Panaschieren, kumulieren

Sind in einem Wohnbezirk nicht mehr als drei Vertreter zu wählen, darf auf dem Wahlvorschlag ein Bewerber mehr als die zu wählende Anzahl stehen. Für jeden Wohnbezirk, für den mehr als drei Vertreter zu wählen sind, darf der Stimmzettel höchstens so viele Bewerber enthalten, wie Vertreter zu wählen sind.

Der Wähler kann für den einzelnen Wohnbezirk Kandidaten, die auf anderen Wahlvorschlägen als Vertreter für den gleichen Wohnbezirk stehen, übernehmen. Beispielsweise von Liste A auf Liste B (panaschieren). Und ein Bewerber kann bis zu drei Stim-

men erhalten (kumulieren). Der Wähler kann dabei jedoch nur so vielen Kandidaten im Wohnbezirk Stimmen geben, wie für den Wohnbezirk Vertreter zu wählen sind.

Die Ermittlung der Sitzzahlen für die einzelnen Listen erfolgt nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung

Kehler Zeitung

(Sainte-Laguë). Entscheidend für die Verteilung ist das Listenergebnis. Das Einzelergebnis eines Kandidaten ist nur für die Rangfolge innerhalb einer Liste von Bedeutung.

Beispiel für einen Ein-Vertreter-Wohnbezirk: Liste A tritt mit einem Kandidaten an, der 1000 Stimmen bekommt. Auf der Liste B stehen zwei Kandidaten X und Y, von denen X 501 und Y 500 Stimmen erhält. Der Sitz geht an die Liste B mit zusammen 1001 Stimmen. Gewählt ist Kandidat X, weil er die meisten Stimmen innerhalb der Liste hat, Y wird Ersatzkandidat, auch »Nachrücker« bezeichnet.

Sind die Sitze in den einzelnen Wohnbezirken auf diese Weise vergeben, wird anhand des Ergebnisses in der Gesamt-gemeinde ermittelt, wie viele Sitze in der Gesamtsumme auf jede Liste entfallen. Stellt sich heraus, dass im Gesamt-

ergebnis einer Liste mehr Sitze zustehen, als sie in den einzelnen Bezirken erreicht hat, fallen die noch fehlenden Mandate auf die Kandidaten dieser Liste mit den nächsthöchsten Stimmzahlen – dabei ist der Wohnbezirk nicht entscheidend, weil diese Ausgleichsmandate sich auf das Gesamtergebnis beziehen.

Umgekehrt kann es vorkommen, dass eine Liste nach der Teilorts-Verteilung zu viele Sitze bekommen hat. In diesem Fall wird die Gesamtsitzzahl des Gemeinderats so lange um 1 erhöht, bis dieser Überhang ausgeglichen ist. Die anderen Listen erhalten dann eine entsprechende Zahl Ausgleichsmandate.

## Ausgleich schwierig

Die für unsere Erklärung festgelegte Zahl von 40 Sitzen für den Kehler Gemeinderat würde sich um die Zahl von Überhangs- und Ausgleichsmandate erhöhen. Da diese unabhängig vom Wohnbezirk eines Kandidaten vergeben werden, würde sich der mit der »unechten Teilortswahl« angestrebte Ausgleich zwischen Kernstadt und Ortsteilen wieder verschieben – zu Lasten der Kernstadt oder auch der Ortsteile. Und außerdem bliebe auch bei der »unechten Teilortswahl« der Vorteil der Stadtteile gegenüber der Kernstadt, dass die Ortsteile eine Ortschaftsverfassung mit Ortsverwaltung, Ortsvorsteher und Ortschaftsrat haben, die Kernstadt aber nicht.